

Die liberale Arbeiterbewegung in Deutschland

Teuteberg, Hans Jürgen

First published in:

Neue politische Literatur, 13. Jg., S. 118 - 126, Frankfurt am Main 1968

Münstersches Informations- und Archivsystem multimedialer Inhalte (MIAMI)

URN: urn:nbn:de:hbz:6-XXXXXXXXXX

berger Akademie der Wissenschaften, Phil. Hist. Klasse. 28 S., Carl Winter Universitätsverlag, Heidelberg 1965.

W. Schieder hat unlängst in dieser Zeitschrift die Versuche der marxistisch-leninistisch orientierten Geschichtsschreibung, in dem arbeiterfernen und nur publizistisch wirkenden Sozialtheoretiker Karl Marx zugleich einen revolutionär agierenden Arbeiterführer der Revolution von 1848 zu entdecken und den regional begrenzten »Kölner Arbeiterverein« zur ersten kommunistischen »Massen-Organisation« hochzuspielen, aufgrund der Quellen mit Recht in den Bereich der historischen Legenden verwiesen¹⁾. Die frühe deutsche Arbeiterbewegung, das hat eine Reihe soziologisch scharf differenzierender Untersuchungen sehr viel subtiler als früher herausgearbeitet, trägt insgesamt noch viele andere Gesichter und ist – ganz unabhängig von ideologischen Vorentscheidungen – keineswegs allein mit den Begriffen »socialistisch« oder »communistisch« zu charakterisieren²⁾. In den Dezennien vor der Gründung des Bismarck-Reiches, als die entscheidenden ökonomischen Positionen von dem neuen kapitalistisch orientierten Unternehmertum besetzt und die Schranken der vorindustriellen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abgebaut wurden, kamen noch andere Denkrichtungen bei der Institutionalisierung der ersten Handwerker-Arbeitervereine ins Spiel. Für die Zeitgenossen wurde das Emporsteigen einer autonomen Arbeiterbewegung als soziales Begleitphänomen des technisch-ökonomischen Industrialisierungsprozesses zwar bald zur unumstößlichen Ge-

1) W. Schieder, Auf dem Weg zu einer neuen Marx-Legende, in NPL, X/1965, S. 259 ff.

2) Als Beispiele für solche Untersuchungen sind hier zu nennen: F. Balsler, Sozial-Demokratie 1848/49, Die erste deutsche Arbeiterorganisation »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution, 2 Bde., Stuttgart 1963. – W. Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963. – W. Köllmann, »Politische und soziale Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft 1850 – 1914«, in: »Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte«, Bd. 50 (1964), S. 480 – 504. – R. Strauß, Die Lage und die Bewegung der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1960. – F. Seidel, Die soziale Frage in der deutschen Geschichte, Wiesbaden 1964. – W. Köllmann, Soziale Frage und soziale Bewegungen, in: Rheinland und Preußen, Köln-Berlin 1966, S. 145 – 64. – Hugo Eckert, Die Nürnberger Arbeiterbewegung von 1861 bis 1881, Diss. phil. Heidelberg 1966.

wißheit; aber es war zwischen 1848 und 1871 noch keineswegs erkennbar, in welcher Richtung sich diese neue »Arbeiterfrage« entwickeln würde.

Es ist daher zu begrüßen, wenn Werner Conze in einer zwar nur thesenhaft knapp zugespitzten, aber gedanklich äußerst anregenden Abhandlung jetzt eine neue Deutung von Schulze-Delitzschs Konzeption und Tätigkeit vorlegt und daran paradigmatisch die Chancen und Hindernisse einer liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland im 19. Jahrhundert insgesamt untersucht. C. setzt sich zunächst mit unserem heutigen politisch-historischen Bewußtsein auseinander, in dem Liberalismus und Arbeiterbewegung genuin als ideologisch mehr oder minder fixierte konträre Kampffronten des 19. Jahrhunderts begriffen werden. Nicht nur Marxisten huldigen der Auffassung, daß ungeachtet der Sozialfürsorge einzelner Unternehmer der Liberalismus als Ganzes bei der Lösung der »Sozialen Frage« versagt und die sozialistische Klassenbewegung damit gleichsam herausgefordert habe. C. erkennt zwar einiges Richtige an dieser Anschauung, lehnt aber im übrigen diese pauschale Betrachtungsweise solange als unhistorisch ab, bis nicht der Frage nachgegangen sei, ob nicht auch von liberaler Seite historisch bedeutsame Lösungen der Arbeiterfrage im ganzen propagiert und eine liberale Arbeiterbewegung in Gang gebracht worden sei. Dieses Problem ist von der Forschung bisher kaum ausreichend behandelt worden. C.s Fragestellung berührt sich jedoch mit dem, was sich bei der Neudurchleuchtung des deutschen Vormärz immer wieder herausgestellt hat: Die These von der sozialen Sterilität des älteren Liberalismus in Deutschland ist, sofern sie wie früher apodiktisch vorgetragen wurde, im Grunde völlig falsch. Das angebliche Versagen bei den gesellschaftlichen Erfordernissen der Industrialisierung trifft in erster Linie nur für das deutsche »Manchesterertum« zu, jene ultraliberale Richtung der fünfziger, sechziger und des Anfangs der siebziger Jahre, die oft mit dem gesamten ökonomischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts gleichgesetzt wird. Diese mangelnde Differenzierung zwischen dem sich radikal gebärdenden Hochliberalismus und dem in vielen Wesenszügen verschiedenen Frühliberalismus sowie anderen Spielarten und Strömungen hat auch manche Historiker für die

DIE LIBERALE ARBEITERBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND

Werner Conze: Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland, Das Beispiel Schulze-Delitzsch, = Sitzungsberichte der Heidel-

sozialen Aktivitäten des Liberalismus blind gemacht.

Zu leicht wurde übersehen, daß die Gesellschaftskritik im 19. Jahrhundert die Emanzipation des Wirtschaftssubjektes zur Voraussetzung hatte. Diese Emanzipation war aber zum größten Teil das Verdienst jenes geschmähten Liberalismus. Die liberalen Reformen sind nicht ohne einen gewissen Mut zur Sozialkritik möglich gewesen. So ist es eigentlich auch kein Wunder, wenn die gesellschaftlichen Gestaltungsprobleme im Rahmen der Frühindustrialisierung zuerst von liberaler Seite erörtert worden sind. Zwei neue richtungweisende Untersuchungen führen uns jetzt die zu Unrecht vergessene Fülle frühliberaler Sozialkritik vor Augen und machen die These von der generellen sozialen Sterilität des Liberalismus im 19. Jahrhundert endgültig unglaubwürdig³⁾. Die Auseinandersetzung mit der »sozialen Frage«, das zeigen die dort vorgelegten zeitgenössischen Dokumente sehr prägnant, war keineswegs zuerst eine Domäne der sozialistischen Arbeiterbewegung⁴⁾. Daß die Unvollkommenheit der liberalen Lösungsvorschläge und Theorien dem utopischen und wissenschaftlichen Sozialismus den Boden bereitete, steht dann auf einem anderen Blatt.

Bei den »Manchester-Liberalen«, deren Umfang, Wirken und Einfluß in den deutschen Bundesstaaten einmal genauer zu bestimmen wäre⁵⁾, soll nun keineswegs bestritten wer-

den, daß hier ein gewisser starrer Doktrinarismus und eine heute seltsam anmutende Immobilität in gesellschaftlichen Fragen und damit dem schon erkennbaren Geschichtsverlauf gegenüber konträre Tendenzen vertreten wurden. Dennoch wird es höchste Zeit, daß angesichts verblässer Ideologien und Sozialkonturen der »ersten industriellen Revolution« eine auf ideologische Entkrampfung und Entdramatisierung bedachte Geschichtsschreibung sich auch dieser Gruppe von »Sozialketzern« annimmt und das früher gefällte pauschale Schuldurteil überprüft. Schon bei flüchtigem Zusehen läßt sich nämlich erkennen, daß der Begriff des »Manchester-Liberalismus« weithin ein leeres polemisches Schlagwort gewesen ist, mit dem vor allem historisch Minderbegüterte später viel Unfug geschrieben haben. Die von ihren Gegnern so genannten »Manchesterleute« waren in Deutschland zu ihrer Zeit eine ungeheuer volkstümliche, ganz sicher aber keine streng wissenschafts-theoretische ökonomische Richtung. In den norddeutschen Städten, vor allem aber in den Hafenstädten, schlossen sich um die Mitte des Jahrhunderts Gleichgesinnte zu Freihandelsvereinen als Gegenbewegung zu Friedrich List und seinen süddeutschen Anhängern zusammen, aus denen dann die eigentliche Freihandelspartei entstand. Die deutschen Freihändler, die nach einem Aufruf des »Bremer Handelsblattes« seit 1858 im »Volkswirtschaftlichen Kongreß« ihr organisatorisches Sammelbecken fanden, waren für die Beseitigung aller Relikte des noch nicht abgestorbenen Merkantilismus-Kameralismus, für die Befreiung von Angebot und Nachfrage von allen »künstlichen« Behinderungen, angefangen von Zunftprivilegien und Fleischtaxen über Monopole, Patente und Luxusordnungen bis zu den Ein- und Ausfuhrzöllen. Vor allem sollten durch eine Senkung der Einfuhrzölle die Konsumenten in den Genuß billiger aus-

Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848 - 1881, Köln - Berlin 1966. - Heinrich Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart 1950 (Vgl. dort das Kapitel »Der nachmärzliche Liberalismus«). Am besten orientieren noch immer die älteren, historisch ausführlichen Geschichten der Nationalökonomie (z. B. die von Paul Mombert) sowie die ausgezeichnete Untersuchung von Hans Gehrig, Die Begründung des Prinzips der Sozialreform. Eine literarhistorische Untersuchung über Manchesterismus und Kathedersozialismus, Jena 1914, S. 96 ff.

ländischer Fabrikwaren kommen und die deutschen Fabrikanten durch den Wettbewerb gezwungen werden, bessere und rentablere Produktionsverfahren einzuführen. Tarifveränderungen in dieser Richtung gelangen aber erst nach zähem Kampf in der dritten Phase des Deutschen Zollvereins im Zusammenhang mit dem Abschluß des Französisch-Preußischen Handelsvertrages im März 1862 in den Zollvereins-Erneuerungsverträgen. Wie Hans Freyer schon 1921 feststellte, war die Manchesterlehre weder nationalökonomisch noch philosophisch eine Einheit. Uneingeschränkte Übereinstimmung herrschte nur hinsichtlich jener liberalistischen Anschauung, die in dem Satz gipfelte, Wirtschaft sei ein gesetzmäßiges System, das man nach den Methoden der Naturwissenschaft, also gänzlich von außen her, beschreiben, zergliedern und erklären könne; Wirtschaft sei kein dialektisch bewegter und zielstrebig sich entwickelnder Geist, sondern eine kausal-gesetzlich geordnete Natur⁶⁾.

Die »natürliche« Wirtschaft wurde als die einzig vernünftige, gerechte und für alle Menschen nützliche angesehen. Ebenso einig war man sich in der Abwertung des Staates, dessen aktive Mitwirkung in Wirtschaft und Gesellschaft man verneinte. Selbst ein Sozialreformer wie Schulze-Delitzsch sah im Staat nur eine Art von Rückversicherung für das ungestörte Zusammenspiel der individuellen Interessen. Man war für eine grundsätzliche Trennung von Staat und Gesellschaft; auf lange Sicht sollte der Staat zurücktreten und womöglich abgeschafft werden. Es war kein Zufall, daß diese klassischen Hochliberalen mit einigen der Sozialisten ihrer Zeit in der Zielsetzung der Anarchie völlig einig waren. An die Stelle der staatlichen sollten die »natürlichen« Gesetze des Marktmechanismus in einer arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft treten. Der hemmungslose Ökonomismus, der die tradierten politischen Gewalten substituieren will, ist das Kennzeichen der Manchesterbewegung gewesen.

Als Beispiel sozialer Engstirnigkeit beim deutschen Manchesterismus wird oft der aus England stammende und dann in Elbing ansässige Hauslehrer John Prince-Smith genannt, der ähnlich wie Cobden und Bright

6) Hans Freyer, Die Bewertung der Wirtschaft im philosophischen Denken des 19. Jahrhunderts (Nachdruck der ersten Ausgabe Leipzig 1921), Hildesheim 1966, S. 100.

in seiner Heimat als Popularisator der Ideen der Smith-Epigonen Ricardo, Malthus, Say, Bastiat und John Stuart Mill in Deutschland auftrat. Mit einer Art Vulgärökonomie versuchten er und andere, der breiten Masse das Freihandelsprinzip mundgerecht zu machen. Nach diesen absichtlich verflachten Ideen sollten sich bei Herstellung wirklich freier Konkurrenz alle sozialen Fragen von selbst lösen. Prince-Smith sprach von der »sogenannten sozialen Frage«, weil es ewige und unwandelbare Naturgesetze auch in Wirtschaft und Gesellschaft gebe, die beispielsweise auch für die Lohnprobleme einer Industriearbeiterschaft gültig sein müßten. Aber bei der Verurteilung der Manchester-Liberalen wurde dann oft übersehen, daß in Anlehnung an John Stuart Mill zwar die Gesetze der wirtschaftlichen Produktion als »naturgesetzlich«, die Gesetze der wirtschaftlichen Distribution aber als Menschenwerk betrachtet wurden. Nicht die Herstellung, wohl aber die Verteilung der Güter war manipulierbar, womit der Ring der klassischen Nationalökonomie gesprengt wurde. Wie Mill mit seiner Greatest-happiness-Ethik und seinem sozialliberalen Gesellschaftsideal eine Sozialpolitik in Form von Produktionsgenossenschaften, Bodenreform und Beschränkung des Erbrechtes forderte, so haben auch die deutschen Manchester-Liberalen gewisse sozialpädagogische und sozialetische Züge übernommen. Wie die Schriften eines Lette, Böhmert, Emminghaus, Lammers, Michaelis, Wirth, Pfeiffer, Schulze-Delitzsch, Wolff, Soetbeer, Rentzsch, Bennigsen oder Hübner zeigen, schloß ein hochgradig orthodoxer und optimistisch gefärbter liberaler Fortschrittsglaube die Beschäftigung mit den Sozialproblemen keineswegs aus. Manchesterlehre und Ethik waren vom Denktypus her sogar eng verbunden, wie Hans Freyer schon früher hervorgehoben hat.

Das Wirken dieser enragierten Freihändler, deren Streitschriften kaum noch jemand im Original liest, kennen wir eigentlich nur durch die Brille von Lassalle und der »Kathedersozialisten«, die sich am schärfsten mit ihnen auseinandergesetzt haben. So verdienstvoll alle diese zeitgenössischen kontroversen Beurteilungen sind, so selbstverständlich sollte es dem Historiker heute sein, daß die Urteilenden Mitagierende auf der Bühne des damaligen Geschehens waren. Aber man kann nur mit Erstaunen feststellen,

daß die Ideen der Frühliberalen und Manchesterliberalen zur zeitökonomischen Situation heute kaum als Erkenntnismittel einer nachvollziehenden Geschichtsbetrachtung herangezogen werden, sondern daß man sich mit Werturteilen aus zweiter Hand begnügt. So wichtig eine quantifizierende Betrachtung für die Erhellung der neueren Sozialgeschichte ist, so wenig ist einzusehen, weshalb man sich ein Problem wie die soziale Frage nicht auch einmal aus dem Munde der damaligen Liberalen erklären läßt. Der Rückgriff auf diese völlig vernachlässigte Autorengruppe erscheint als ein wichtiges Desiderat der modernen Wirtschafts- und Sozialgeschichtsforschung in Deutschland.

Die frühe deutsche Arbeiterschaft hat sich selbst gerne als »arbeitende Klassen« (wobei der Plural eine wichtige Rolle spielt!) und teilweise auch als »Proletarier« bezeichnet. Die moderne Sozialgeschichte, die wieder auf die ursprünglichen Sinngehalte zurückzugehen versucht, weiß von der Vieldeutigkeit dieser Termini. Vor allem hütet sie sich, ideologiegeladene Sinngehalte einem Begriff unterzuschieben, wo dieser von den Zeitgenossen noch ganz naiv, d. h. ideologisch unreflektiert gebraucht worden ist. Heute hat sich längst herausgestellt, daß gerade diese Begriffe einen »vormarxistischen« Sprachgebrauch gehabt haben. Die sozialistische Geschichtsschreibung des späten 19. Jahrhunderts hat in dem verständlichen Bemühen, nach historischen Wurzeln für ihre Bewegung zu suchen, in diesen frühindustriellen »Proletariern« bereits klassenbewußte Lohnarbeiter im Sinne der Marx-Engelschen Theorie sehen wollen. Beispiele für solche Geschichtsbetrachtung sind neben Franz Mehring etwa die Werke von Max Quark, Georg Adler u. a. Aber abgesehen von dem Sinngehalt war der Ausdruck »proletarisch« für die frühindustrielle Arbeiterschaft in Deutschland auch insofern problematisch, als Marx ja damit nur die städtisch-industrielle Lohnarbeiterschaft bezeichnet wissen wollte. Die Massen der sozialen Unterschichten aber waren bei uns bis zur Bismarck-Zeit noch auf dem Lande und in den gewerblich unterentwickelten Kleinstädten zu Hause. Erst nach der Reichsgründung 1871 bekam die städtische Industriearbeiterschaft zahlenmäßig die Oberhand.

Conze zeigt, daß diese »Arbeiter« zwischen 1848 und 1871 alles andere als eine uniforme

graue Masse von Proletariern gewesen sind, wie sie die Literatur mit Käthe Kollwitz-Strichen noch heute gern schildert. Die sozialen Rangabstufungen und Lohnunterschiede waren bei den »arbeitenden Klassen« im Gegenteil sehr erheblich, gegenüber der heutigen »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« sogar unglaublich groß. Wolfram Fischer hat hierüber jüngst ausführliche Studien angestellt, an denen die künftige Forschung nicht mehr vorbeigehen kann⁷⁾. Wichtige Thesen der deutschen Industrie- und Betriebssoziologie hinsichtlich ihrer Aussagen über Lage und Status der frühindustriellen Arbeiterschaft erscheinen danach revisionsbedürftig. Da reine Einkommensdaten, wie sie Fischer hauptsächlich verwandt hat, bei den damals sehr unterschiedlichen Lokalverhältnissen nicht überbewertet werden dürfen, müßten seine Forschungen durch weitere Untersuchungen zum Lebensstandard der Unterschichten und zur Stellung der Arbeitnehmer in den verschiedensten Rechtsordnungen ergänzt werden⁸⁾. Dabei können die Methoden und Techniken der modernen empirischen Soziologie auch auf die Sozialgeschichte angewandt werden. Die ältere Konsumstatistik des 19. Jahrhunderts hält beispielsweise noch eine Fülle von Informationen bereit, die von der Geschichtsforschung bisher unbeachtet gelassen worden sind. Ebenso scheint eine genaue Analyse der Rechtsstellung des Arbeitnehmers im Preußischen Allgemeinen Landrecht, in der Preußischen Gewerbeordnung von 1845 sowie der des Norddeutschen Bundes von 1869, die dann weitgehend vom Deutschen Reich übernommen wurde, dringend geboten. Wahrscheinlich würde sich

7) W. Fischer, Innerbetrieblicher Status der frühen Fabrikarbeiterschaft, in: Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 6: Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1964, S. 192–222; neu abgedruckt in: W. Fischer – G. Bajar (Hrsg.), Die soziale Frage, Neuere Studien zur Lage der Fabrikarbeiter in der Frühphase der Industrialisierung, Stuttgart 1967, S. 215 ff. – Diese Aufsatzsammlung bringt vor allem englische Forschungen zu diesem Problemkreis und zeigt, wie weit man hierzulande auf diesem Gebiet der Geschichtswissenschaft noch zurückliegt.

8) Ich selbst habe versucht, den Wandel der Volksernährung unter dem Einfluß der Industrialisierung zu skizzieren, um von dieser Seite her Durchblicke auf den tatsächlichen Lebensstandard der sozialen Unterschichten zu geben. Vgl. H. J. Teuteberg, Some aspects of nutrition as influenced by socio-economic changes in the 19th century. In: Proceedings of the 7th International Congress of Nutrition, Hamburg 1966, vol. 4, Braunschweig 1968.

dann ergeben, daß die Conzesche Differenzierung der sozialen Gruppen innerhalb der Unterschichten überhaupt noch nicht ausreicht. Eine vollkommen befriedigende Gesamtanalyse der sozialen Unterschichten des 19. Jahrhunderts wird es freilich kaum jemals geben, da es an anerkannten Schichtungskriterien fehlt. Aber eines ist schon jetzt sicher: Das Gesellschaftsgefüge zu Beginn der Industrialisierung in Deutschland war unendlich komplizierter, als wir früher angenommen haben; es nach dem dichotomischen Klassenmodell begreifen zu wollen, hieße jedenfalls, eine schwierige Goldschmiedearbeit mit Kneifzangen vorzunehmen. Die Sozialwissenschaften haben inzwischen viel feinere Instrumentarien entwickelt, deren es sich nur zu bedienen gilt.

Wenn sich seit den vierziger Jahren in Theorie und Praxis die Anfänge einer deutschen Arbeiterbewegung ausbildeten, so lag nach C. darin ein tatsächlicher, aber kein notwendiger Gegensatz zum Liberalismus eingeschlossen. Zwar ließen sich die traditionellen Schranken zwischen einer bürgerlichen Gesellschaft und den dienstleistenden Unterschichten nicht mehr aufrechterhalten, aber die Vorbehalte gegen die absolute Gleichheitsdemokratie, deren Gradmesser das Verhalten in der Wahlrechts- und Koalitionsfrage war, konnten nicht so schnell abgebaut werden. Dennoch wurden frühzeitig die Möglichkeiten einer Arbeiterbewegung im Rahmen der bestehenden Verfassung nach englischem Beispiel stark erörtert. Das Jahr 1848 ist, wie für so viele andere Probleme, auch hier die entscheidende Zäsur geworden. Die von Handwerkern und Arbeitern gegründete »Arbeiterverbrüderung« als erste Institution der deutschen Arbeiterbewegung mit Stephan Born an der Spitze stand ganz auf dem Boden der Reichsverfassung von 1849, war wirtschaftspolitisch teilweise liberal eingestellt, für Selbsthilfe durch Bildungsarbeit und wirtschaftliche Assoziationen. Man setzte die Hoffnung auf eine soziale Gesetzgebung, wodurch die Emanzipation des »Vierten Standes« erreicht werden sollte. Nach den Untersuchungen von Frolinde Balser hat es auch einige sektiererhafte und sozialistische Strömungen gegeben. Doch der Akzent lag bei dieser ersten deutschen Arbeiterbewegung ganz auf Evolution und Einbürgerung, nicht auf Revolution und Anarchie; ihr Bundesemblem war die versöh-

nungsbereit hingestreckte Hand. Der in Köln tätige »Kommunistenbund« war hingegen nicht repräsentativ für die deutsche Arbeiterbewegung. Diese war nach C. noch quasi-ständisch und elitär, nur mit dem städtischen »Arbeiterstand«, nicht aber mit dem sehr viel schlechter gestellten ländlichen »Proletariat« verbunden.

Nach der Unterdrückung der »Arbeiterverbrüderung« sprang Schulze-Delitzsch genau im richtigen Moment mit der Gründung seiner liberalen Arbeiter-Assoziationen in die Bresche. Wie schon 1848 bei Stephan Born, so kreiste auch sein Denken um die »Assoziation«, die als neue »Standschaft« der Arbeiter und Handwerker an die Stelle der alten Zünfte treten sollte. Die »Genossenschaft«, wie er die Assoziation seit 1858 eindeutend dann nannte, sollte »eine Verbindung unter den wenig bemittelten, vorzugsweise arbeitenden Klassen sein«⁹⁾. C. zeichnet nun ein höchst einfühlsames Bild von diesem Beginn einer liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland. Der »Vater des deutschen Genossenschaftswesens« war danach ein Mann des Pragmatismus, der anstelle der Marxschen Prognose von der fortschreitenden Aufspaltung der Gesellschaft in kapitalakkumulierende Ausbeuter und verelendende Proletarier, die dann in der Krise den revolutionären Umschwung erzwingen, den Trend zum allmählichen Ausgleich und den Weg zur »Mittelstandsgesellschaft« setzte. Schulze-Delitzschs Ziel war nicht die Vernichtung des alten Mittelstandes, sondern im Gegenteil seine Verbreiterung als unentbehrlichen Träger der sozialökonomischen und geistig-moralischen Entwicklung. Er wollte dem »Mammonismus« wie auch dem »Pauperismus« als unerfreulichen Auswirkungen der Industrialisierung Grenzen setzen. Hier hat, was hinzuzufügen wäre, ohne Zweifel das englische Beispiel einer Arbeiterbewegung mit seiner charakteristischen Mischung von liberalen und sozialistischen Elementen stark nach Deutschland herübergewirkt und war für alle Linksliberalen ein Vorbild. Die »englischen Gewerkvereine«, wie sie Lujo Brentano als einer der eifrigsten Förderer des englischen Modells in Deutschland später nannte, erschienen vielen Liberalen als die Lösung, um das Übel des Pauperismus zu bekämpfen. Aber

9) Rede Schulze-Delitzschs auf dem 1. Volkswirtschaftlichen Kongreß zu Gotha am 22. 9. 1858.

bis 1848 hielt die Mehrheit die sozialen Übelstände der Industrialisierung in Deutschland noch für so fernliegend, daß kein unmittelbares Eingreifen notwendig erschien. Mohls Artikel über das Gewerbewesen im Rotteck-Weldkerschen Staatslexikon als der Bibel des deutschen Frühliberalismus ist dafür ein gutes Indiz.

Schulze-Delitzsch meinte, ganz entgegen der Ansicht seiner Kritiker, keineswegs nur die Handwerker, sondern die Gesamtheit der »arbeitenden Klassen«. Zwar waren die nach englischen Vorbildern gegründeten Rohstoff-, Magazin- und Konsumgenossenschaften, die als Volksbanken gedachten Vorschuß- und Kreditvereine zunächst für die in den Städten zahlenmäßig überwiegende Handwerkerschaft gedacht. Aber durch den im benachbarten Eilenburg tätigen Armenarzt Anton Bernhardt war Schulze-Delitzsch ebenso genau über die Lage der Arbeiter und Kinder in den Kattundruckereien und -webereien orientiert. Bernhardt, der sich schon 1847 in seiner Schrift »Der Handarbeiterstand und sein Notstand« zum Anwalt der Fabrikarbeiter machte und zusammen mit dem Eilenburger Schneidermeister Bürmann die ersten »Vorschußvereine« und Genossenschaften für Handwerker und mit August Fritzsche den ersten deutschen Konsumverein noch vor Schulze-Delitzsch ins Leben rief, der sich ferner durch eine Eingabe an den preußischen Kultusminister Eichhorn für die Eilenburger »Fabrikinder« einsetzte (was 1845 zur Einsetzung einer besonderen Lokalkommission zur Überwachung der Kinderarbeit und damit zur ersten nachweisbaren Form einer Fabrikaufsicht in Deutschland führte), war bezeichnenderweise eng mit Schulze befreundet. In dieselbe Zeit fällt auch die Gründung des ersten deutschen Betriebsrates in vier Eilenburger Kattundruckereien auf Veranlassung des Unternehmers Carl Degenkolb, der in der Frankfurter Nationalversammlung zusammen mit einer kleinen Gruppe von Liberalen (unter ihnen der Freihändler Lette!) für eine merkwürdig modern anmutende Gewerbeordnung warb, die bereits die wichtigsten Elemente der heutigen Mitbestimmung enthielt¹⁰). Zwischen diesen Gestalten und Er-

eignissen haben gewiß vielfältige Zusammenhänge bestanden, die noch der Erhellung bedürfen.

So viel scheint klar zu sein: Die große Mehrheit der deutschen »Arbeiterhandwerker« oder des »III b-Standes«, wie ihn R. Stadelmann einmal treffend genannt hat, sammelte sich zunächst in den von Schulze-Delitzsch gegründeten liberalen Arbeiterassoziationen, die nach englischem Vorbild auf evolutionärem und verfassungsimmanenten Wege eine Lösung der sozialen Frage anstrebten. Nur eine Minderheit schloß sich Lassalles nach preußischem Vorbild straff organisiertem »Allgemeinen deutschen Arbeiterverein« an. Aber nach 1865 stieß dieser erste Versuch einer liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland auf seine Grenzen und wurde mehr und mehr eingeeignet. C. macht die Gründe dafür deutlich: Schulzes These, daß die Arbeiterfrage primär sozioökonomisch und nicht politisch sei, die fehlende Unterstützung der liberalen Fortschrittspartei, der zu späte Anschluß an die Gewerkschaftsbewegung waren die wesentlichen Ursachen des Scheiterns. Schulze-Delitzsch war gleichsam zwischen die Fronten eines neuen, sich nach unten abschließenden bürgerlichen Liberalismus und einer neuen Sozialdemokratie mit klassenkämpferischer Prägung geraten, die sich deutlich in der Zielsetzung von der »Arbeiterverbrüderung« 1848 unterschied. Mit dem Ende des Hochliberalismus und Manchestertums hatte eine liberale Arbeiterbewegung keine Chancen mehr. Die auf dem Prinzip der Staatshilfe aufgebaute Sozialpolitik Bismarcks war dem liberalen Selbsthilfeprinzip gerade entgegengesetzt. Die Jahre um 1880 mit ihrem Übergang zum Schutzzoll und zur Sozialpolitik bezeichnen in etwa auch das Ende der deutschen liberalen Arbeiterbewegung. C. vertritt die Ansicht, daß die von Schulze unterstützte Gewerkschaftsgründung Hirschs und Duncers fünf Jahre früher eine weit größere Durchschlagskraft besessen hätte; so aber kam die Hinwendung zu den Gewerkschaften zu spät: Die Hirsch-Duncerschen Gewerkvereine blieben immer nur ein kümmerlicher Seitentrieb der deutschen Arbeiterbewegung, während die Genossenschaftsbewegung sich nach unten abkapselte und dadurch Arbeiterschaft und gewerblicher Mittelstand politisch und ideologisch, noch schlimmer aber sozialpsychologisch geschieden wurden. Die

Dichotomie im Gesellschaftsbild des Arbeiters wurde ganz entgegen den Vorstellungen des Richters aus Delitzsch noch verstärkt. Die deutsche Arbeiterschaft verlor den Liberalismus als Idee und hat auch später nicht mehr dazu zurückgefunden.

Der nach hundert Jahren abwägende Historiker wird freilich auch zu der Erkenntnis kommen, daß dieser Versuch einer liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland nicht zufällig scheiterte. Man wird uneingeschränkt C. zustimmen, daß in der Außenseiterstellung Schulzes ein ebenso großes Hemmnis lag wie in seiner Verabsolutierung des Selbsthilfeprinzips. Schulze gewann letztlich kein Verhältnis zur Politik und zum Staat; er übersah, daß die Lösung der Arbeiterfrage auch ein Politikum ersten Ranges war. Die Masse des liberalen Bürgertums war nicht oder noch nicht bereit, den Gedanken einer »Socialen Demokratie« zu verwirklichen. Aber nicht alles ist Schulze-Delitzsch als Versäumnis anzulasten: ganz sicher war das Verbot der verfassungsimmanenten und evolutionär ausgerichteten »Arbeiterverbrüderung« durch einen Beschluß der Bundesstaaten ein ebenso großer Fehler wie die Kurzsichtigkeit in den Reihen der Fortschrittspartei, die kein historisches und politisches Ausmaß für Schulzes Wirken im Rahmen des deutschen Liberalismus besaß.

C. hat eine Frage nicht angeschnitten: nämlich ob die »Arbeiterverbrüderung« und die liberalen Arbeiterassoziationen bereits die entscheidenden Merkmale einer Arbeiterbewegung getragen haben. Mit anderen Worten: Waren sie nicht nur Vorläufer der eigentlichen Arbeiterbewegung? Dazu ist zu sagen, daß die entscheidenden politischen und sozialen Kriterien einer modernen Arbeiterbewegung (z. B. Wahlrecht, Koalitions- und Streikrecht) gewiß noch nicht vorhanden waren. Sie mußten ja auch erst erkämpft werden. Aber die moderne industrielle Welt war überhaupt noch im statu nascendi. Deshalb ist eine solche Kritik im Grunde unhistorisch, weil sie von den heutigen Institutionen und Merkmalen ausgeht. Entscheidend ist aber, ob diese ersten Zusammenschlüsse der Handwerker-Arbeiter so etwas wie ein durchgreifendes Solidaritätsbewußtsein und eine Gruppendisziplin gehabt haben. Das ist noch eingehender als bisher zu klären. Gewiß: die apolitische und nur-pragmatische Tendenz der liberalen Assoziationen, das fast

kampflose, schnelle Zerfließen angesichts anderer Gewalten und Einflüsse sprechen dagegen. Hier bleibt vorerst ein ungeklärter Rest, den es noch zu erforschen gilt.

Doch wie diese Frage auch entschieden werden mag: C.s Beitrag macht eindringlich darauf aufmerksam, wieviele Komponenten in die deutsche Arbeiterbewegung eingeflossen sind. Nicht nur in den Freien Gewerkschaften unter Carl Legien, sondern auch in der Sozialdemokratie selbst ist viel mehr Gedankengut der alten »Arbeiterverbrüderung« und der Schulzeschen Assoziationen eingeflossen, als die späteren Parteiprogramme erkennen lassen: z. B. die Emanzipation des Arbeiters durch Bildung, durch organisierte ökonomische Selbsthilfe und durch gewerkschaftlichen Kampf auf der Grundlage einer wachsenden Produktivität der Wirtschaft in einem Koalitionsrecht und demokratisches Wahlrecht gewährenden Staat. Schulze-Delitzschs Konzeption wird, wie C. zum Schluß hervorhebt, in gewisser Weise dadurch rehabilitiert, daß seine Zukunftsperspektiven letztlich richtiger waren als die von Karl Marx. Das heutige Parteiprogramm der SPD steht in solcher Sicht ihm näher als den Ervätern des orthodoxen Sozialismus. Die von Schulze erstrebte verfassungsimmanente Arbeiterbewegung ist nach hundert Jahren Wirklichkeit geworden, das alte Bürgertum wie das alte Proletariat des 19. Jahrhunderts haben sich, wenngleich im Gesellschaftsbild des einzelnen immer noch Bruchstücke einer alten Klassenfeindschaft im Sinne eines dichotomischen »Oben« und »Unten« finden, längst in neuen Sozialschichtungen ausdifferenziert. Weder ist »der Staat in die Hände der Arbeiter«, noch »die Arbeiter in die Hände des Staates« gefallen, wie Schulze-Delitzsch damals befürchtete¹¹). Seine Mahnung, die »Förderung aller auf Ausbildung der einzelnen, auf ihr Emporkommen durch eigene Tüchtigkeit gerichteten Bestrebungen«¹²) ist längst zum selbstverständlichen Bestandteil moderner Sozialpolitik geworden. Die Verbindung von H. Schulze-Delitzschs Wirken mit der Gegenwart mag zunächst als Überspitzung im Sinne einer littérature engagée erscheinen, ist aber im Grunde nur das Resultat einer von alten ideologischen Vorentscheidungen freien Geschichtsbetrachtung. Die

10) Näheres in meiner Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland. Ursprung und Entwicklung ihrer Vorläufer im Denken und der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1961, S. 212 ff.

11) Hermann Schulze-Delitzsch, Schriften und Reden, hrsg. von F. Thorwart, Bd. 2, Berlin 1910, S. 511.

12) Ebd., S. 504.

deutsche Arbeiterbewegung beginnt nicht mit Ferdinand Lassalle (wie man bei Jubiläumsfeiern vor einigen Jahren hören konnte), sondern mindestens zwei Jahrzehnte früher. Sie ist ebenso mit der Sozialkritik des klassischen Sozialismus wie mit den gesellschaftlichen Reformprogrammen des Liberalismus verknüpft. Nicht nur von Karl Marx und Friedrich Engels, auch von Stephan Born und Schulze-Delitzsch führen geistesgeschichtliche Linien bis zum Godesberger Parteiprogramm. C.s Beitrag läßt erkennen, wie sehr wir alle durch die Brille einer einseitig orientierten älteren Sozialkritik geschaut haben und wie wenig die Frage der historischen Kontinuität in diesem wichtigsten Kapitel deutscher Sozialgeschichte bisher beachtet worden ist. Man kann nur wünschen, daß der Verf. die Zeit finden möge, die so anregende Skizze zu einem großen Gemälde zu vertiefen.

Hamburg

Hans-Jürgen Teuteberg